

Herr Werner, Fa. WERNER GmbH & Co. Mülltransport KG, Goldbach
Herr Faulhaber, Ing.-Büro IBU, Tauberbischofsheim
Herr Wabersich, Ing.-Büro IBU, Tauberbischofsheim

Tagesordnung:

- 1 Müllumladestation Erlenbach a. Main - Information
- 2 Vorstellung der Fa. REMONDIS, neuer Vertragspartner für öffentliche Abfallentsorgung im Landkreis ab 1. Januar 2009
- 3 Vorstellung der Fa. WERNER ENTSORGUNG, neuer Vertragspartner für die Problemabfallsammlung im Landkreis ab 1. Januar 2009
- 4 Verteilung neuer Müllgefäße im Landkreis: - Vorstellung der Fa. OTTO, Vertragspartner für die Lieferung und Verteilung neuer Müllgefäße im Landkreis im zweiten Halbjahr 2008 - erste Informationen zum Ablauf der Verteilung
- 5 Antrag von BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 31.03.2008: Prüfung eines Konzeptes für eine Altstoffbörse
- 6 Ausbau und Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg: Vorstellung und Genehmigung der Planungen für die Erweiterung der DK-II-Deponie und den Neubau der DK-0-Deponie

Vor Eintritt in die Tagesordnung bat Kreisrätin Almitter im Namen der SPD-Fraktion darum, am Ende der öffentlichen Sitzung einige zusätzliche Fragen stellen zu dürfen, worauf Landrat Schwing antwortete, dass man dies nach Behandlung der Tagesordnung entscheiden werde.

Tagesordnungspunkt 1:

Müllumladestation Erlenbach a. Main - Information

Regierungsamtmann Röcklein gab folgende Information zur Müllumladestation Erlenbach a. Main bekannt:

Heute können wir Ihnen und unseren Bürgerinnen und Bürgern wieder eine kleine Verbesserung auf unserer Müllumladestation Erlenbach melden. Der im Mai 2007 vom Umweltausschuss beschlossene zweite Kundenschalter konnte endlich von uns in Betrieb genommen werden. Natürlich haben wir auch parallel das Personal entsprechend aufgestockt, so dass nun die Anlieferer an zwei Schaltern und damit bedeutend schneller abgefertigt werden können. Von beiden Schaltern aus können die technischen Einrichtungen wie die beiden Fahrzeugwagen und die Schranken bedient werden. Mit Hilfe von Kameraanlagen haben die Mitarbeiterinnen das Geschehen auf dem Wertstoffhof und auch auf dem Grüngutkompostplatz im Auge. Über Funk sind sie mit den weiteren Mitarbeitern auf dem Gelände verbunden. Die ebenfalls nach Genehmigungsbescheid und Beschluss dieses Ausschusses zu bauende Abbiegespur soll im September gebaut werden und wird also auch noch dieses Jahr zur Verfügung stehen.

Kreisrat Schumacher meinte anschließend, er könne sich daran erinnern, dass die Verwaltung ein Konzept habe vorlegen wollen, ein Mal pro Woche eine bis 18.00 Uhr verlängerte Öffnungszeit anzubieten. Er werde vorwiegend von Bürgern aus dem nördlichen Landkreis angesprochen, für die es zeitlich nicht möglich sei, bis zur Öffnungszeit von 16.00 Uhr, Müll abzugeben.

Landrat Schwing sagte dazu, dass bereits über verlängerte Öffnungszeiten diskutiert worden sei und man nach dem Bau der Abbiegespur darüber entscheiden werde. Soweit er sich erinnern könne, sei noch nichts beschlossen worden, was von Regierungsamtmann Röcklein bestätigt wurde. Landrat Schwing bot eine Überprüfung der Angelegenheit und Unterrichtung hierüber in der nächsten Sitzung an. Abschließend meinte er, dass es auch eine Frage des Geldes sei, zumal man dann weiteres Personal einstellen müsse.

Auch Kreisrat Reinhard bestätigte, dass verlängerte Öffnungszeiten noch nicht beschlossen worden wären, sondern es darum gegangen sei, bereits beschlossene Maßnahmen (u. a. seit 1. Mai 2008 Öffnungszeiten an Samstagen bis 14.00 Uhr) umzusetzen. Grundsätzlich jedoch sollten verlängerte Öffnungszeiten möglich sein.

Kreisrat Fahn schlug vor, in einer der nächsten Sitzungen einen Erfahrungsbericht hierüber zu geben, um dann über das weitere Vorgehen entscheiden zu können.

Landrat Schwing erinnerte daran, dass die nächste Sitzung bereits in 4 Wochen stattfindet und man ein paar Monate verstreichen lassen sollte, bevor man sich erneut darüber berate.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm von diesem Vorschlag einstimmig zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Vorstellung der Fa. REMONDIS, neuer Vertragspartner für öffentliche Abfallentsorgung im Landkreis ab 1. Januar 2009

Zu Tagesordnungspunkt 2 erläuterte Landrat Schwing, dass man im letzten Jahr ein großes Ausschreibungspaket auf den Weg gebracht habe. Der heutige Tag sei ein wichtiger Tag, da man mit den Firmenvertretern die entsprechenden Verträge für eine Laufzeit von 8 ½ Jahren unterzeichnet habe. Da es sich zum Teil um neue Partner handele, wolle man den Firmen die Gelegenheit geben, sich dem Ausschuss vorzustellen. Landrat Schwing fügte an, dass es sich bei den Verträgen um einen Gesamtumfang von 23 Mio. € handele und man die Bevölkerung darüber informieren wolle, was Abfallbeseitigung koste.

Er begrüßte von der Fa. REMONDIS Herrn Krings aus Dossenheim und Herrn Steinborn aus München. Die Fa. REMONDIS sei Nachfolger der Fa. SITA.

Herr Krings gab sodann anhand einer **Powerpointpräsentation (welche im Kreistagsinformationssystem eingestellt ist)** ausführliche Informationen über die Fa. REMONDIS und deren Leistungspalette.

Im Anschluss daran bedankte sich Landrat Schwing für die ausführliche Darstellung und wies darauf hin, dass es sich hierbei um einer der größten Aufträge handele, die je zu vergeben gewesen seien. Er hoffe, dass die Umstellung möglichst reibungslos verlaufe und meinte, dass alle froh sein könnten, wenn zum 1. Januar 2009 alles möglichst flächendeckend funktioniere.

Kreisrätin Almritter wollte wissen, wo sich der Standort der Fa. REMONDIS befinde und ob nicht der alte Standort der Fa. SITA dafür in Frage käme, auch im Hinblick auf den ökologischen Aspekt. Weiterhin wollte sie wissen, ob man jene Mitarbeiter, die von der Fa. SITA zum Ende des Jahres freigesetzt worden seien, übernehmen könne. Sie fügte an, dass ältere Mitbewohner mit der Bezeichnung „CallCenter“ sicherlich Probleme haben werden.

Herr Krings gab zur Antwort, dass man einen Standort im Landkreis Miltenberg beabsichtige und man sich natürlich unnötige Fahrten aus ökologischen und Kostengründen ersparen wolle.

Man habe über den Standort der Fa. SITA zwar beraten; da dieser allerdings nicht dort liege, wo sich die meisten Einwohner befinden, habe man sich dagegen entschieden. Zum Thema Mitarbeiter sagte er, dass man derzeit einen Disponenten suche, der den Einsatz federführend plane. Den Kopf wolle man mit eigenen Mitarbeitern besetzen. Man freue sich über Bewerbungen der Fahrer der Fa. SITA, da diese Ortskenntnis haben, allerdings könne man nicht alle übernehmen. Zur Bezeichnung „CallCenter“ sagte er, dass es sich hier um ein Bürgertelefon und Mitarbeiter handele, welche am Standort sitzend, gut informiert, Auskunft geben können.

Kreisrat Fahn fragte, ob er jetzt schon wisse, wie viele Mitarbeiter im Landkreis Miltenberg benötigt werden und wies darauf hin, dass zur Fa. SITA 60 Mitarbeiter gezählt haben.

Herr Krings erklärte hierzu, dass das Unternehmen anders strukturiert sei als die Fa. SITA und man ca. 30 Mitarbeiter benötigen werde. Zu gegebener Zeit werde hierüber erneut beraten.

Landrat Schwing bedankte sich abschließend bei Herrn Krings für die Auskünfte und wünschte eine gute Zusammenarbeit für die nächsten 8 ½ Jahre.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm von dieser Information einstimmig zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Vorstellung der Fa. WERNER ENTSORGUNG, neuer Vertragspartner für die Problemabfallsammlung im Landkreis ab 1. Januar 2009

Als nächsten Firmenvertreter begrüßte Landrat Schwing Herrn Brand von der Fa. WERNER GmbH & Co. Mülltransport KG, Goldbach. Es handele sich hierbei um ein Unternehmen, welches bereits bekannt sei.

Herr Brand gab sodann mittels **Powerpointpräsentation (welche im Kreistagsinformationssystem abgerufen werden kann)** einen Überblick über die Fa. WERNER GmbH & Co. Mülltransport KG.

Landrat Schwing bedankte sich bei Herrn Brand für den Vortrag und erklärte, man habe um eine Präsentation gebeten, damit sich die neuen Ausschussmitglieder einen Überblick verschaffen können.

Auf die Frage von Frau Kreisrätin Almitter, ob man Vertragspartner habe, bei denen Problem Müll entsorgt werden könne, sagte Herr Brand, dass die Aufgabe zweigeteilt und der Landkreis für die Entsorgung zuständig sei. Die Fa. WERNER führe die Dienstleistung aus.

Landrat Schwing meinte, dass sich an der bisherigen Praxis nichts ändere und wünschte abschließend eine gute Zusammenarbeit.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm von dieser Information einstimmig zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Verteilung neuer Müllgefäße im Landkreis: - Vorstellung der Fa. OTTO, Vertragspartner für die Lieferung und Verteilung neuer Müllgefäße im Landkreis im zweiten Halbjahr 2008 - erste Informationen zum Ablauf der Verteilung

Zu TOP 4 begrüßte Landrat Schwing Herrn Vick von der Fa. OTTO Entsorgungssysteme GmbH.

Herr Vick gab sodann anhand einer **Powerpointpräsentation (welche im Kreistagsinformationssystem eingestellt ist)** einen Firmenüberblick.

Landrat Schwing bedankte sich bei Herrn Vick für die Informationen.

Kreisrat Maurer sagte, er habe im Urlaub in Holland Müllfahrzeuge mit automatischem Arm gesehen, welcher Mitarbeiter einspare und sich letztlich nur noch der Fahrer auf dem Fahrzeug befinde. Er wollte wissen, ob das in Zukunft im Landkreis auch so gehandhabt werde.

Regierungsamtmann Röcklein antwortete, dass der Seitenlader mit automatischer Steuerung bereits vor 5 Jahren Thema bei den Ausschreibungen gewesen sei. Er habe sich ein Versuchsfahrzeug angesehen und festgestellt, dass es für den Fahrer fast unmöglich sei, alles alleine zu bewältigen, zumal die Schwierigkeit auftrete, dass z. B. die Mülltonne an einer genau definierten Stelle bereit stehen müsse, ohne zusätzlich geparkte Fahrzeuge. Die Fa. SITA habe vor Jahren ein Angebot gemacht und einen Abschlag angeboten, wenn man in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen das System einsetze. Schon damals sei der Umweltausschuss der Meinung gewesen, dass dies in die hiesige Gegend nicht gut passen würde, weshalb man bei der aktuellen Ausschreibung, wie bisher auch, herkömmliche Heckladersysteme ausgeschrieben habe, was bedeute, dass sich die Müllfahrzeuge vom Typ nicht ändern werden.

Auf die Frage von Kreisrat Schumacher, ob die ca. 90.000 neuen Mülltonnen mit Chipsystem geliefert und welche Daten gespeichert werden, schlug Regierungsamtmann Röcklein vor, die weiteren Informationen abzuwarten.

Regierungsamtmann Röcklein führte sodann aus, dass im Rahmen der Neuausschreibung der Müllabfuhr der Landkreis Miltenberg auch die Neubeschaffung von rund 90.000 Müllgefäßen beschlossen und deren Beschaffung europaweit ausgeschrieben habe. Den Auftrag zur Lieferung und Aufstellung der neuen Mülltonnen habe die Fa. OTTO Entsorgungssysteme in Neuruppin erhalten. Bisher haben sich alle Müllgefäße im Eigentum des Vertragspartners des Landkreises befunden und seien vom Landkreis angemietet und den Bürgern und Kunden der kommunalen Abfallwirtschaft im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Nutzungsverhältnisses auf der Grundlage der Abfallwirtschaftssatzung zur Verfügung gestellt worden. In landkreiseigenen Müllgefäßen sehe der Landkreis künftig Vorteile und werde daher die Müllbehälter, ausgenommen Großbehälter mit 3000 l. und 5000 l. Volumen, selbst kaufen. Alle Müllbehälter werden künftig grau sein, nur die Deckelfarben grau, grün und braun unterscheiden die verschiedenen Abfallfraktionen. Auch aus dieser bereits seit vielen Jahren in der Abfallwirtschaftssatzung enthaltenen Regelung erhoffe sich der Landkreis weitere Vorteile beim Änderungsdienst und der Behältervorhaltung. Form und Aussehen der neuen Müllgefäße entsprechen den heutigen Müllgefäßen, die ja auch überwiegend von der Fa. OTTO hergestellt worden seien. Jedes Müllgefäß werde mit einem Chip ausgestattet. Dabei handele es sich um einen Chip, der nur eine individuelle Müllgefäßkennzeichnung enthalte, aber keine Speicherung erlaube. Der Chip diene dazu, den Mülltonnenbestand des Landkreises zu verwalten und verhindere die Nutzung nicht registrierter Müllgefäße.

Alle Müllgefäße bis zum Volumen 1100 l. lassen sich – gegen eine Zusatzgebühr – mit Schlössern ausstatten. Die Bestellungen von Schlössern können ab 1. Januar 2009 bei der Kommunalen Abfallwirtschaft aufgegeben werden. Dabei handele es sich um Schwerkraftschlösser, die sich beim Kippvorgang am Müllfahrzeug automatisch öffnen. Näheres hierzu werde nach den anstehenden Satzungsbeschlüssen der Landkreisgremien im Herbst bekannt geben.

Die Vorbereitungen laufen bereits seit Mai 2007. Mit der Auftragserteilung an die Fa. OTTO sei man im April 2008 in die konkreten Vorbereitungen eingestiegen. Für diese Aktion werde der Landkreis in vier Verteilgebiete aufgeteilt. Die erste neue Mülltonne werde am 7. Oktober verteilt. Nach den Planungen sollte die Verteilung am 28.11.2008 beendet sein. Die Einteilung der Gemeinden in die Verteilgebiete erfahre man in der Septemberausgabe von Blickpunkt MIL und über die gemeindlichen Amtsblätter. Während der Verteilaktionen werde die kommunale Abfallwirtschaft ein CallCenter (Bürgertelefon) einrichten, an welches man sich mit Fragen wenden könne. Auch hierzu erfahre man rechtzeitig Näheres. Eine kleine Einschränkung gelte während der Verteilaktionen für jeweils ca. drei Wochen: In dieser Zeit könne kein Änderungsdienst erfolgen. Das bedeute, man erhalte weder neue Mülltonnen,

noch werden Änderungs- und Tauschdienste durchgeführt oder abgemeldete Mülltonnen abgeholt. Dies lasse sich bei derartigen Großaktionen leider nicht vermeiden. Die Nutzer von Müllgefäßen mit 3000 l. und 5000 l. Volumen werden individuell von den Tauschaktionen informiert, welche voraussichtlich erst im Januar 2009 erfolgen werden.

Was geschieht mit den alten Mülltonnen? Diese stehen im Eigentum der Fa. SITA, die aufgrund der Vertragslage verpflichtet sei, diese einzusammeln. Leider hätte man bis zum Redaktionsschluss keine näheren Einzelheiten über die Planungen hierfür in Erfahrung bringen können. Aber auch hierüber werde man rechtzeitig informieren. Wahrscheinlich werde der überwiegende Anteil der alten, bis zu 20 Jahre alten Mülltonnen geschreddert und der stofflichen Verwertung zugeführt. Als Müllgefäße seien sie zumindest im Landkreis Miltenberg wertlos, da Müllgefäße ohne Chip ab 2009 nicht mehr entleert werden.

Des Weiteren teilte er mit, dass der Umweltausschuss in seinen Sitzungen am 18.07.2007 und am 02.10.2007 die Grundsatzentscheidungen für den Kauf der Müllgefäße und das Pflichtenheft zu den Randbedingungen der Ausschreibungen für Müllabfuhr und Mülltonnenkauf gefällt habe.

Für die Sitzung im Juli sei die Vorstellung der Grundzüge der neuen Gebührenkalkulation vorgesehen. Für die Sitzung am 30.09.2008 seien dann die Beratungen und Beschlussfassungen zu anstehenden Änderungen der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung geplant.

Anschließend informierte er darüber, dass die Mülltonnen bisher bei der Fa. SITA angemietet gewesen und unterhalten worden seien. Wenn man mit dem alten System in eine Neuausschreibung gegangen wäre, hätte die Fa. SITA einen hohen finanziellen Vorteil gegenüber jedem Mitbewerber gehabt. Dies wäre sehr kritisch gewesen, denn mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte man eine Vergaberüge bekommen. Hinzu komme, dass man in Zukunft bei Neuausschreibungen flexibler sein werde, wenn man selber Eigentümer der Mülltonnen sei. Die alten Mülltonnen hätte man nicht mit Chipsystem ausstatten können und größtenteils auch nicht mit Schlössern. Die neuen Mülltonnen seien mit einem Ident-Chipsystem ausgestattet, was bedeute, dass die dort vermerkte Nummer erfasst und kontrolliert werde, ob sie auf der „schwarzen Liste“ stehe und ob eventuell an diesem Tag schon einmal geleert worden sei. Herr Schäfer, Fa. OTTO, demonstrierte sodann den Ausschussmitgliedern die Handhabe einer Mülltonne mit Schloss und Chipsystem.

Landrat Schwing meinte, es handele sich hier um ein Großprojekt; man werde mit den neuen Mülltonnen flexibler sein, zumal der Markt sich weiter entwickele.

Kreisrat Fahn sagte, er finde das Chipsystem und auch die Wiederverschließbarkeit der Mülltonne gut und fragte nach der Störanfälligkeit.

Herr Schäfer sagte, man müsse zwischen zwei Fällen unterscheiden.

Fall 1: Es werde eine „schwarze Liste“ erzeugt mit den Behältern, die nicht geleert werden sollen. In diesem Fall würde der Behälter beim Schüttvorgang stehen bleiben und im Bordfahrzeug angezeigt, dass nicht geleert werden dürfe. Hier müsse das Landratsamt regeln, wie vorgegangen werden solle. In diesen Fällen handele es sich nicht um eine Störung.

Fall 2: Von Störanfälligkeit könne geredet werden, wenn der Transponder nicht gelesen werde. Der Anteil dieser Störungen befinde sich im 0,2 %-Bereich, schließlich sei der Transponder seit über 20 Jahren erprobt.

Kreisrätin Almrither fügte an, soweit sie sich erinnere, sei die Hochsetzung der Müllmenge pro Kopf eine bereits beschlossene Sache, was mit dem Einsatz größerer Müllgefäße einherginge. Dies führe nicht gerade zur Müllvermeidung.

Regierungsamtmann Röcklein sagte dazu, das es sich hierbei um eine Fehlinformation handle. Es sei beschlossen worden, die 90 l-Mülltonne abzuschaffen. Über die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung des Mindestvolumens pro Kopf sei noch nicht entschieden worden, was in 4 Wochen wahrscheinlich geschehen werde.

Auf die Frage von Kreisrat Fahn, wann Behälter nicht geleert werden, antwortete Regierungsamtmann Röcklein, dass Behälter, die auf der „schwarzen Liste“ verzeichnet seien, nicht geleert werden. Dies seien z. B. gestohlene, verloren gegangene oder bereits abgemeldete Behälter oder auch Behälter, die bereits entleert worden seien.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm sodann von dieser Information einstimmig zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag von BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 31.03.2008: Prüfung eines Konzeptes für eine Altstoffbörse

Regierungshauptmann Röcklein teilte mit, dass sich bereits am 14.05.2007 dieser Ausschuss mit einem entsprechenden Antrag von Bündnis 90/DieGrünen beschäftigt habe. Damals sei die Verwaltung mit der Prüfung eines derartigen Konzeptes mit der Maßgabe beauftragt worden, dass keine Konkurrenz zu bestehenden Maßnahmen caritativer Organisationen entstehen dürfe.

Die Recherchen haben ergeben, dass insbesondere die CARITAS mit Ihrem DAKAUF auf diesem Gebiet sehr aktiv und erfolgreich sei. Man habe auch Kontakte zur CARITAS aufgenommen und stehe heute noch in Kontakt.

Beratungen haben durch die eigenen Abfallberater hinsichtlich der Sortierung von Abfällen bei Haushaltsauflösungen stattgefunden.

Als Ergebnis schlage man dem Ausschuss vor, bis auf weiteres auf eigene Aktivitäten des Landkreises zu verzichten und dafür bei Bedarf die CARITAS und weitere interessierte caritative Organisationen zu unterstützen.

Landrat Schwing führte aus, dass man nach Antragstellung im Jahr 2007 auf der Bürgermeisterdienstbesprechung darum gebeten habe, Veröffentlichungen über Altstoffbörsen in den Amtsblättern, welche es mittlerweile in 16 Gemeinden gebe, vorzunehmen.

Kreisrätin Münzel sagte im Namen ihrer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dazu, dass Ausgangspunkt der Antrag vom 14.05.2007 gewesen sei und man nach dem Vorbild des Landkreises Aschaffenburg vorgeschlagen habe, eine Verschenkbörse im Internet einzurichten. Eine Altstoffbörse könne zwei Ziele haben: Zum einen gebe es ein soziales Ziel. Als Vergleich führte sie hier den DAKAUF der CARITAS an, welcher eine Käuferschicht anspreche, die darauf angewiesen sei, günstig einzukaufen. Zum anderen gebe es einen ökologischen Aspekt. Hier klaffe im Landkreis Miltenberg noch eine Lücke. Ihr fehle eine Offensive, um eine ökologisch orientierte Käuferschicht anzusprechen. Das Internet sei hierfür ein gutes Medium, da es auch diejenigen anspreche, die über Internetanschluss verfügen. Die heutige Beschlussvorlage würde bedeuten, dass alles beim Alten bliebe, was ihr zu wenig sei.

Landrat Schwing meinte dazu, dass man mit zusätzlichen Maßnahmen bereits bestehende Einrichtungen gefährden würde. Das Potential sei nicht besonders groß in diesem Bereich. DAKAUF sei nicht beschränkt auf eine bestimmte Personengruppe, jeder könne dort einkaufen. Er fügte an, dass man im Landratsamt selbst ein Möbellager gehabt und damit Asylbewerber ausgestattet habe. Vor ca. 2 Jahren habe man dieses Lager aufgelöst und in den DAKAUF integriert. Er wies nochmals auf die Veröffentlichungen in den Amtsblättern hin, die schließlich eine große Leserschaft erreiche. Kurze Wege seien wichtig und effektiv.

Regierungsamtmann Röcklein sagte, man habe früher Sperrmüllflohmärkte im Landkreis Miltenberg durchgeführt; die Zahl von 20 Anbieter sei nie überschritten worden. Der Zulauf zu diesen Märkten sei sehr gering gewesen. Offensichtlich bestehe kein allzu großer Bedarf auf diesem Gebiet. Der Kundenbedarf werde durch DAKAUF und kleinere Organisationen abgedeckt. Aus seiner Sicht bestehe ebenfalls keine Notwendigkeit für Neues.

Kreisrat Fahn sagte, er halte die Amtsblattveröffentlichung für eine sehr effektive Sache. Er schlug vor, im Beschlussvorschlag „beobachten“ durch „unterstützen“ zu ersetzen. Er selbst habe festgestellt, dass das Internetangebot des DAKAUF gering und verbesserungswürdig sei. Er schlage vor, dass die Abfallberater des Landkreises hier unterstützend zur Seite stehen könnten.

Landrat Schwing meinte hierzu, dass die Abfallberater bereits unterstützend tätig seien und dass man mit „beobachten“ nicht gemeint habe, dass nichts getan werde. Wenn Bedarf vorläge, würde man erneut beraten. Er bat darum zu bedenken, dass der Bedarf in einer ländlichen Gegend nicht so hoch sei wie in den Städten.

Kreisrätin Münzel begrüßte den Vorschlag, „beobachten“ durch „unterstützen“ zu ersetzen. Sie habe im Vorfeld mit Herrn Hellmuth, Geschäftsführer der CARITAS, telefoniert, welcher ihr mitgeteilt habe, dass man sich im nördlichen Bereich des Landkreises erweitern und auch das Internetangebot verbessern wolle. Caritas kümmere sich um den sozialen Aspekt, die ökologische Frage sei Aufgabe des Landkreises. Sie fände es gut, wenn man sich offensiver verhalten und miteinander kommunizieren würde.

Landrat Schwing betonte, dass man hier nicht unterschiedlicher Ansicht sei und man bei DAKAUF den ökologischen und sozialen Aspekt zusammenführen könne.

Auf Vorschlag von Landrat Schwing wurde sodann vom Ausschuss für Natur- und Umweltschutz **folgender Beschluss einstimmig unter Berücksichtigung der Ergänzung gefasst:**

Der Ausschuss sieht derzeit kein Erfordernis für den Landkreis, ein eigenes Konzept für eine Altstoffbörse zu erstellen.

Die Verwaltung wird jedoch beauftragt, Stand und Entwicklung der entsprechenden Einrichtungen der caritativen Organisationen im Landkreis zu beobachten und zu *unterstützen* und sollte sich ein Bedarf ergeben, dem Umweltausschuss zu berichten.

Tagesordnungspunkt 6:

Ausbau und Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg: Vorstellung und Genehmigung der Planungen für die Erweiterung der DK-II-Deponie und den Neubau der DK-0-Deponie

Landrat Schwing begrüßte zu TOP 6 die Vertreter des Ing.-Büros IBU, Herrn Faulhaber und Herrn Wabersich. Es gehe um die Vorstellung der Planung für die Erweiterung der DK-II-Deponie und den Neubau der DK-0-Deponie und deren Genehmigung.

Regierungsamtmann Röcklein stellte fest, dass dem Sachverhalt die entsprechenden Beschlüsse des Umweltausschusses aus den Jahren 2006 und 2007 sowie der Beschluss des Kreistages vom 08.10.2007 zugrunde liegen. Auf eine Wiederholung der Vorgeschichte und des Sachverhaltes werde an dieser Stelle verzichtet.

Herr Faulhaber gab den Ausschussmitgliedern sodann anhand einer **Powerpointpräsentation (welche im Kreistagsinformationssystem abrufbar ist)**, Informationen über die geplanten Vorhaben.

Kreisrat Fahn nahm Bezug auf die geplante Straßenerweiterung und bat um Erläuterung.

Herr Faulhaber erklärte, dass die Straße zur DK-0-Deponie von 4 Meter auf 6 Meter verbreitert werde für eine Länge von ca. 600 Meter.

Auf die Frage von Kreisrat Reinhard, ob man im Kostenrahmen liege, sagte Herr Faulhaber, dass man gegenüber dem vorliegenden Konzept um etwa 130.000 € höher liege, da man die Erdlager, die aus der Grunderschließung der Deponie stammen, bereinigen und sortieren wolle und dies als zusätzliche Maßnahme angedacht sei.

Kreisrat Klimmer wollte wissen, mit welchem Verhältnis zwischen Erdaushub und Bauschutt zu rechnen und welcher Art die erwähnte Rückgewinnung sei.

Herr Faulhaber meinte, er könne das Verhältnis nicht nennen, dies würde der Markt zeigen und gab die Frage weiter an Regierungsamtmann Röcklein. Zur Rückgewinnung könne er sagen, dass man für die spätere Oberflächenabdeckung der beiden Deponien Boden benötigen werde.

Regierungsamtmann Röcklein erläuterte zum Verhältnis Erdaushub - Bauschutt, es sei ein Problem bei der Vorbereitung der Maßnahme gewesen, dass die Gemeinden auf ihren Bauschuttdeponien nur die Menge erfassen und nicht, ob es sich dabei um Erdaushub oder Bauschutt handele. Von daher kenne man das Verhältnis nicht, welches je nach Bautätigkeit sowieso schwanken könne.

Landrat Schwing fügte hinzu, dass man deshalb einen zweistufigen Ausbau habe.

Kreisrätin Münzel wies auf die bereits bestehende Sickerwasserzuleitung zum Wildbach hin und wollte wissen, ob diese zu klein sei.

Herr Faulhaber meinte dazu, es gebe zum einen eine Sickerwasserzuleitung zum Wildbach aus der Sickerwasserreinigung und dass es sich hierbei um aufbereitetes Sickerwasser handele, welches direkt in die Erf bei Riedern eingeleitet werde. Zum anderen handele es sich um unbelastetes Oberflächenwasser. Dieses Wasser werde bereits in den Wildbach eingeleitet. Mehr Wasser entstehe aufgrund der zusätzlichen Erschließung, bedingt durch mehr Böschungen und größere Straßenflächen. Das System werde auf den Endzustand der De-

ponie ausgelegt und deshalb seien die Einleitungen in den Bach und eine Aufweitung notwendig. Eine Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt habe stattgefunden.

Auf die Frage von Kreisrat Kuhn, wann dieses Projekt fertig gestellt sein werde und wie teuer Erdaushubanlieferungen seien, sagte Regierungsamtmann Röcklein, man könne noch keine genauen Zahlen nennen, was von Landrat Schwing bestätigt wurde. Man müsse die Ausschreibung abwarten, dann könne dem Ausschuss erneut berichtet werden.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste sodann einstimmig folgenden Beschluss:

- Der Ausschuss genehmigt die vom Ing.-Büro IBU und der Landkreisverwaltung vorgestellten Planungen für**
- die Erweiterung der bestehenden Kreismülldeponie um einen Ablagerungsbe-
reich
für Abfälle der Deponieklasse II**
 - Neubau einer Deponie für Abfälle der Deponieklasse 0**
 - Bau der erforderlichen Einrichtungen zur ordnungsgemäßen Ableitung des
anfallenden Oberflächenwassers**

Am Ende der öffentlichen Sitzung nahm Landrat Schwing Stellung zu Kreisrätin Almritters Bitte und stellte klar, dass nur eilbedürftige Zusatzfragen gestellt werden dürfen.

Kreisrätin Almritter führte aus, dass sie Fragen zur Müllansammlung im nördlichen Landkreis habe und bezog sich dabei auf Meldungen in der Presse. Sie begründete ihre Frage darin, dass hier öffentliches Interesse bestehe.

Landrat Schwing äußerte, dass er den Eindruck der nun entstehe, nämlich, dass der Ausschuss nicht informiert worden sei, zurückweisen wolle. Es sei das erste Mal seitdem die Namen der Firmen Factron und Spall aufgetreten seien, dass nicht ausführlich im Ausschuss informiert worden sei. Bisher habe der Ausschuss immer zugestimmt, diese Punkte in der nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln, zumal es um viel Geld ginge. Man habe in der Vergangenheit erste Erfolge erzielen können und vermeiden wollen, die Gegenseite vorab über Maßnahmen zu informieren. Da es keine neuen Meldungen gebe, habe man heute keinen Tagesordnungspunkt. Bisher seien die Ausschussmitglieder in jeder Sitzung zeitnah informiert worden.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz stimmte sodann einstimmig für die Stellung der Fragen von Kreisrätin Almritter.

Kreisrätin Almritter meinte, es kämen große Kosten auf den Landkreis zu. Sie wollte wissen, inwieweit der Landkreis die Möglichkeit habe, Gelder von den Betroffenen zu erhalten. Sie fügte an, dass die Bürger den Eindruck vermittelt bekämen, dass *sie* die Kosten tragen müssten.

Außerdem möchte sie wissen, wie sich der verbliebene Berg zusammensetze, wie schnell dieser abgetragen werden müsse und wies auf das nahe gelegene Wasserschutzgebiet und dessen mögliche Gefährdung hin.

Landrat Schwing mutmaßte, dass der Grund für die von der SPD-Fraktion gestellten Fragen der bevorstehende Wahlkampf sein könnte. All diese Fragen seien mehrfach im Ausschuss beantwortet worden. Er wolle nicht öffentlich antworten, da einige Dinge benannt seien, die u. U. die eigene Position in Bezug auf die Geldrückholung verschlechtern würden. In welcher Form man antworten werde, würde noch entschieden.

Er fügte an, ihn wundere, dass es der SPD-Fraktion darum ginge, dass man nicht auf Kosten sitzen bleibe. Das staatliche Landratsamt und nicht das kommunale Landratsamt sei hier in erster Linie gefordert. Abschließend sprach er Regierungsrat Hoffmann und seinen Mitarbeitern ein Lob aus, die bereits viel geleistet haben.

Auch Regierungsrat Hoffmann stellte klar, dass es sich hierbei um staatliches Abfallrecht handele, der Landkreis sei Aufwandsträger. Der Angelegenheit Spall nehme man sich wegen des öffentlichen Interesses an. Man sei bemüht, andere mit „ins Boot zu nehmen“, um die Kosten nicht übernehmen zu müssen.

Landrat Schwing betonte abschließend, dass es darum ginge, Schaden zu minimieren bzw. abzuhalten. Man solle sich davor hüten, in der Öffentlichkeit mit unbedachten, nicht gerechtfertigten Fragen Ängste zu schüren.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Ullrich
Schriftführerin